

Grund der Er-
mit einem außer-
den Einfluß der
den Reichsbahn
Regelverkehrs

angt demgemäß
wird und
ist, in der Zeit
den 11. Juni,
der Gesellschafts-
dem gleichen
oweit wie mög-
eugen und den
zu verteilten
st, von der Ge-
nungen für Ge-
ge zu Wingen
Uhr, die Mon-

SS. Freiwil-
schänkt, als zu
7. Juni, 0 Uhr,
ermäßigten Tar-
nicht zur Be-
schlüssen.

erfahren,
bis zum Don-
nd, werden von

ühren für

itt:
den Erfaß für
ung auf jeder-
r 25 000 Heime
Regelung ist in
gen der Hülfe-
n eigenes Ein-

großer Bedeu-
r 33 die Mög-
ugend mit dem

n Infanterie-

raf Wilow von
75 Jahren ge-
der Bund ehem-
eier am 29. und
es wird eine
eichensfeier, die
Ergebnis werden
die Beteiligung
Anmeldungen
Bundbesitzer,
solch, zu richten.

für Naturstud-
zu Kreisommi-
tätswahl. Aus-
ndreits Borken:
ndreits Borken:
s Münster: Dr.
Dr. Graeb.

ung. Vor dem
bei dem Ober-
bezog. 31. Mai
ist Münster, die
den: Reimund
andolf Freiherr
ndorf (Bavaria),
Münster, Georg
Bermann Rötter
im Mense aus
aus Münster
den erhielt das

stischer akademi-
stische seines 25jäh-
die mehr als ein
noch der münste-
tätigkeit kathol-
Dr. Bier:
Pontifikatsfesta-
lukauf Graf
dant. Die Fest-
Schluß erteilte
S. G. Beters,
onare, der der
en Segen.

r in Schlußhaft-
ung erkrankten
ann aus Neuen-
ommen, weil er
wieder arbeiten
in sollte. Außer-
te.

en.Waschen.
n.Putzen.
mer das
gewährte
ompson's
van
ilver

Doppelpak. 40 Pf.

eamte
eter

verlich. Mit-
ter erhalten
zahlung d.
13398
n Vollschuß-
ter 1. Wehr.

OLGE

tion im allge-
enteil der Zeno

Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 154

Mittwoch, den 5. Juni 1935

Jahrgang 1935

Die Erklärung des Breslauer Ordinariats.

Der Erklärung des Erzbischöflichen Ordinariats in Breslau zu den Devisenprozessen, gegen die sich die auf dieser Seite veröffentlichte Verlautbarung des Reichsjustizministeriums wendet, treten auch verschiedene Zeitungen mit scharf ablehnenden Ausführungen entgegen. Man macht dabei u. a. auch den Blättern, die wie wir die Erklärung der „Germania“ entnommen haben, zum Vorwurf, daß sie nicht zugleich in einem Kommentar von dem Standpunkt der erzbischöflichen Behörde abgerückt sind.

Nach liegt die Frage, warum wir die Erklärung veröffentlicht haben. Hierfür sei zunächst eingegangen. Von über sechzig anstehenden Prozessen gegen Ordensmitglieder und Geistliche wegen Devisenverbrechen haben bisher drei stattgefunden. Sie haben mit mehrjährigen Zuchthausstrafen für die Angeklagten geendet. In den Urteilsbegründungen wird die Schwere der Fälle mit aller Deutlichkeit betont. Handelt es sich doch um sehr hohe Summen, die zum Schaden des deutschen Volkes gekehrt über die Grenze gebracht worden sind. Was sagen die deutschen Bischöfe zu den Devisenverbrechen? Diese Frage hörte man in den letzten Wochen nicht nur in katholischen Kreisen. Zwar betonte in dem letzten Prozess der Verteidiger, daß die Bischöfe mit aller Schärfe von diesen Angeklagten abtrüben, daß sie sie keineswegs als Märtyrer betrachteten, sondern als Leute, die ihr deutsches Vaterland und ihre Kirche schwer geschädigt hätten. Aber es war dies doch immerhin nur die Erklärung durch einen Dritten. Und da erfolgte nun die Erklärung des Erzbischöflichen Ordinariats in Breslau, also der Behörde des Kardinals Vertram, des Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, und sie enthielt — das war für uns das Entscheidende — die erste Mißbilligung der vorgenommenen Strafen, und eine Mißbilligung ist in der kirchlichen Amtssprache härtester Ausdruck des Tadel.

Die Erklärung enthielt weiter die Feststellung, daß die bischöflichen Ordinariate keinerlei Verantwortung für die vorgenommenen strafbaren Handlungen trügen, weil diese vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Ordenspersonen der bischöflichen Aufsicht nicht unterständen. Diese Worte, denen, soweit die Verantwortung der Ordinariate für vorgelommene strafbare Handlungen in Frage kommt, das Reichsjustizministerium ebenfalls entgegentritt, haben wir als einen Hinweis auf den bei den Prozessen aufgefallenen Mangel einer Kontrolle der Finanzgebahrung der Klöster durch eine obere Instanz an. In den weiteren Ausführungen haben wir vorwiegend eine Antwort auf die Frage gegeben, was nun die Kirche von sich aus gegen die verurteilten Personen unternehmen werde, und ob nicht nach den strafrechtlichen Verfahren noch kirchliche Disziplinarverfahren folgen würden.

Zu der Erklärung des Ordinariats haben wir bisher keine Stellung genommen. Wir gingen dabei wohl von demselben Gedanken aus wie auch einzelne Blätter, die früher nicht katholisch-konfessionellen Charakter hatten, weil uns das Wesentliche der Kundgebung die ernsthafte Mißbilligung zu sein schien. Inzwischen wenden sich die eingangs erwähnten Zeitungen gegen die ihr folgenden Sätze. Wir zitieren die Ausführungen der „Nationalzeitung“ zu der Erklärung des Ordinariats:

„Wir sind“, heißt es da, „allerdings der Meinung, daß ebenso wie die ganz gewöhnliche misera plebs in Deutschland auf Grund der bisher durchgeführten Gerichtsverhandlungen sich ein Bild über diese Devisenverbrechen katholischer Ordensleute und ihre Hintergründe zu bilden vermag, auch die kirchlichen Autoritäten dazu bereits in der Lage sein könnten. Wenn allerdings diese erzbischöfliche Ordinarie die Behauptung aufstellen zu dürfen glauben, daß es erst einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müsse, ein ruhiges, alle Momente abwägendes Urteil über diese Verbrechen in ihrer Gesamtheit zu treffen, so wollen wir doch einmal klipp und klar und mit aller wünschenswerten Deutlichkeit feststellen, daß diese kirchliche Behörde sich damit ein wegweisendes Urteil über die Tätigkeit der deutschen Gerichte in dieser Materie erlaubt, das jeden gewöhnlichen Volksgenossen ohne weiteres wegen Beleidigung der deutschen Justiz vor den Straftribunal bringen würde. Es steht doch wohl außer allem Zweifel, daß das Breslauer erzbischöfliche Ordinariat hier den Versuch macht, vor der katholischen Bevölkerung Deutschlands mit Hilfe der alten Zentrums- und Jesuitenpresse eine Reihe von deutschen Gerichten zu verächtlichen, daß sie nicht mit der notwendigen richterlichen Ruhe und Objektivität die Dinge untersucht und ihr Urteil gesprochen hätten. Daß eine derartige Behauptung von so hoher kirchenbehördlicher Seite aus geeignet ist, das Vertrauen der katholischen deutschen Bevölkerung zur deutschen Justiz zu untergraben und zu zerstören, bedarf keiner besonderen Ausführungen. Für uns allerdings ist es kein Zweifel, daß dies die Absicht gewesen ist. Über soll vielleicht mit einer solchen Äußerung die lokale Einstellung dieser kirchlichen Behörde zum nationalsozialistischen Staat unterfressen werden?“

Und eine zweite Frage bliebe noch die, ob das erzbischöfliche Ordinariat in Breslau vielleicht dem nationalsozialistischen Grundgesetz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ besondere Geltung verschaffen will, wenn es behauptet, daß die angeklagten und verurteilten Ordensleute ihre Taten begangen haben „aus dem pflichtmäßigen Streben nach Abwendung der sehr schlimmen Notlage einzelner Klöster“. Das deutsche Volk hat gelegentlich

dieser Prozesse nicht nur mit Verwunderung, sondern mit Entrüstung wahrgenommen, daß katholische Ordensorganisationen als G. m. b. H. ausgezogen worden sind. Das deutsche Volk hat bisher noch nicht gewußt, daß derartige Gründungen von Erwerbsgesellschaften keinerlei privatrechtliche Interessen“ zu dienen haben, wie das erzbischöfliche Ordinariat in Breslau es den deutschen Katholiken weismachen will. Das deutsche Volk glaubt auch nicht an die „Notlage“ dieser Organisationen, wenn es an Hand von Gerichtsverhandlungen von deren Vermögenswerten hören muß. Das deutsche Volk, einschließlich seiner katholischen Bevölkerung, hat auf Grund seiner Erfahrungen in den letzten 15 Jahren von dem Begriff der Notlage ganz andere Vorstellungen, als sie ihm hier von konfessionell autoritativer Seite beigebracht werden sollen. Das deutsche Volk weiß im übrigen ganz genau, daß kein Unternehmer, auch wenn es ihm prinzipiell noch so schlecht geht, sich erlauben darf, aus diesem Grunde die zum Schutz seiner Gemeinschaft erlassenen Gesetze zu übertreten und stellt deswegen mit um so größerer Empörung fest, daß das erzbischöfliche Ordinariat in Breslau den katholischen Ordensgesellschaften dieses Recht der Gesetzesverletzung wegen privater Notlage offensichtlich zuwenden möchte.

Die leichtfertige, ja sprechen wir es ruhig aus, gewissenlose Herabsetzung der deutschen Rechtspflege in der Äußerung des erzbischöflichen Ordinariats in Breslau, daß man in einer späteren Zeit ein neues Urteil treffen müsse, hat bisher nur ein Beispiel in dem Verlauf einer marzistischen Emigrantentilke, über den Reichstagsbrand ein Pseudo-Gericht in London und Paris aufzuziehen. Dieser Versuch wurde damals von der ehemaligen Zentrums- und Jesuitenpresse genau so gebrandmarkt wie von den übrigen deutschen Zeitungen. Jetzt aber, wo es sich für jeden, der weiß, was zur Zeit gespielt wird, bei der Verbreitung dieser Erklärung in der Öffentlichkeit um einen der übelsten schwarzen Angriffe der letzten Monate gegen den nationalsozialistischen Staat handelt, tut man, als wenn man nichts gemerkt hätte.

Soweit die Ausführungen der „Nationalzeitung“. Wir sind mit jedem anständigen Deutschen in der schärfsten Verurteilung der vorgenommenen Devisenverbrechen einig. Darum gewähren wir ja der Berichterstattung über die Prozesse breiten Raum. Wir halten es selbstverständlich für ein pflichtwidriges Bestreben, wenn durch größte Verstöße gegen die Reichs-

gesetze gehandelt wird, wenn ungeachtet der großen devisenpolitischen Schwierigkeiten der nationalen Wirtschaft illegale Devisentransaktionen vorgenommen werden, Handlungen, die schwerste Schädigungen für die öffentlichen Finanzen und die deutsche Wirtschaft bedeuten. Niemals kann für uns ein noch so gut gemeinter Zweck ein Mittel heiligen, das nach den geltenden Gesetzen ein Verbrechen ist. Und wir wissen, daß auch der katholischen Moral und der katholischen Staatsauffassung die Taten durchaus widersprechen, die jetzt vor den Gerichten ihre Sühne finden. Die Orden haben viel Gutes getan und tun viel Gutes, aber das schärfste Gegenteil davon ist das, was sich die Angeklagten in den Devisenprozessen zu Schulden haben kommen lassen. Sie haben sich damit auf schwerste gegen den Staat verfehlt, und auch ihrer Kirche und ihrem Orden die schärfsten Dienste erwiesen. Es kann nichts geben, was diesen Tatbestand irgendwie abschwächen könnte.

Kabinett Bouisson bereits gestürzt.

Die Vollmachten mit zwei Stimmen Mehrheit verweigert.

DNB Paris, 4. Juni.

Das Kabinett Bouisson ist von der Kammer gestürzt worden. Die Kammer hat mit 264 gegen 262 Stimmen der Regierung die von ihr geforderten Vollmachten verweigert.

Bouisson vor der Kammer.

Der Kampf um das Ermächtigungsgesetz.

(1) Paris, 4. Juni.

Das Ermächtigungsgesetz, das Ministerpräsident Bouisson am Dienstag im Parlament beantragte, hatte folgenden Wortlaut:

Um die Entwertung der Währung zu verhüten, wird die Regierung durch Senat und Kammer ermächtigt, bis zum 31. Oktober 1935 alle Maßnahmen mit entgeltlicher Kraft zu treffen, die geeignet sind, die Sanierung der Staatsfinanzen zu verwirklichen, die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Betätigung zu ermöglichen und die Beeinträchtigung des öffentlichen Kredit zu verhüten

und zu unterbinden. Diese Verordnungen des Ministerpräsidenten werden vor dem 1. Januar 1936 dem Parlament zur Ratifizierung unterbreitet.

Für das Gesetz war derselbe Text gewählt worden unter Hinzufügung der beiden Zusätze der Abgeordneten Gerot und Boueffe, wie er bereits in der Nachtigung der Kammer am vorigen Donnerstag von Flandin und Germain-Martin verlesen wurde.

In der Kammer Sitzung verlas Ministerpräsident Bouisson

Die Regierungserklärung.

In der Erklärung, die gleichzeitig vom Justizminister im Senat verlesen wurde, hieß es u. a.:

Die Regierung, die sich dem Parlament vorstellt, stellt die größte Einigung dar, die man seit dem Kriege verwirklicht hat. Männer, die sich gegenseitig gegenüberstanden, haben sich heute im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel als vollkommenen Verbündeten um die nationale Währung aufgeschlossen, die Finanzen und die Wirtschaft des Landes wiederherzustellen.

Angesichts einer außergewöhnlichen Lage sind aber gewöhnliche Maßnahmen nicht mehr notwendig. Damit diese Maßnahmen wirksam sind, müssen sie unverzüglich getroffen werden. Wenige Tage genügen den Spekulant, um ihre Angriffe in die Wege zu leiten, unser Geld anzugreifen und —

übrigens vergeblich — zu verfechten. Aufregung unter unseren Sparern zu stiften und unter den Arbeitern unseres Landes Mißmut zu erzeugen. Unsere Antwort, die Antwort des Staates, wird brutal und entscheidend sein.

Ein Land, auf dem dunkle Drohungen lasten, ist schon kein freies Land mehr. Der Wind der Panik zerfetzt die bürgerliche Gewissung. Wenn wir vom Parlament verlangen, daß es uns vorläufig einen Teil seiner gesetzgeberischen Befugnisse überträgt, so deshalb, um das Wesentliche zu wahren, um besser zu dienen und um jene demokratischen Einrichtungen hochzuhalten, denen wir, wie Sie alle wissen, ergeben bleiben.

Die erweiterten Befugnisse, die aber zeitlich und sachlich begrenzt sind und die wir von dem Willen des Parlaments beantragen, werden uns in den Stand setzen, sofort die Spekulation zu zerschlagen und den Währungsnotstand zu beheben. Sie werden uns ferner ermöglichen, unsere Finanzen und unsere durch die Währungsnotlage einer seit fünf Jahren andauernden Krise mitgenommene und gestörte Wirtschaft wiederherzustellen und zu sanieren.

Dieses politische Werk wollen wir nach einem Gesamtplan durchführen. Wir stellen in den Vordergrund eine Land- und Wirtschaft, die den größten Teil unserer Bevölkerung beschäftigt und die wegen der schlechten Verhältnisse in den letzten Jahren in die tiefste Krise verfallen ist. Unsere Industriellen und Kaufleute, die so schwer mitgenommen sind, werden bei ihrem Kampf gegen die Krise unterstützt werden. Wir werden alle Mittel einsetzen, um der Arbeitslosigkeit und ihren Folgeerscheinungen sozialen Elends und familiärer Leid den zu wehren, um einer Jugend, die den Horizont vor sich verschlossen hat, Arbeit zu geben und um einem Lande, das nicht an sich zweifeln kann, die Unternehmungslust und das Vertrauen zur Zukunft zu wecken. Gleichzeitig werden wir die moralische Gesundung der Nation mit der Sorge einer rationalen und entschiedenen Gerechtigkeit wahren und den republikanischen Staat verteidigen.

Wir werden nach außen hin unsere Friedenspolitik fortsetzen. Weil Frankreich friedlich gestimmt ist, muß es ständig auf die Landesverteidigung und auf die kollektive Organisation der Sicherheit achten. Wir werden gegen unsere Feinde kämpfen und unsere Verbündeten als zur Mitarbeit aufrufen. Die Männer, auf denen die schwere Verantwortung der Regierung liegt, wissen, daß das vollbrachte Werk ihren Mut und ihren ganzen Willen in Anspruch nehmen wird. Sie werden nur ein Ziel haben: nämlich handeln. Auf allen Gebieten handeln und rasch handeln.

Nach der Verlesung der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten wurden die Interpellationsanträge bekanntgegeben. Ministerpräsident Bouisson verlangte sofort Vertagung ihrer Beratung unter Stellung der Vertrauensfrage.

Bei dieser ersten Abstimmung siegte die Regierung mit 390 gegen 192 Stimmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattete der Berichterstatter des Finanzkommissionen, Abgeordneter Barcty sein Gutachten zum Ermächtigungsgesetz.

Der Berichterstatter gab zunächst davon Kenntnis, daß der Finanzkommission das Ermächtigungsgesetz mit 19 gegen 18 Stimmen angenommen hat

und wies mit Befriedigung auf das Wiederaufleben des Vertrauens hin, das in dem Steigen der Kurse der Staatspapiere keinen Ausdruck finde.

Nachdem der Abgeordnete Bonnet aus in der Kammer erklärt hatte, die Ermächtigungsgesetze könnten nur vorübergehend Luft schaffen, man müsse zur Staatsreform schreiten, fragte der Abgeordnete de La Roche, unter welchen Bedingungen die Regierung die Möglichkeit habe, internationale Verhandlungen über die Stabilisierung der Währung einzuleiten. Kürzlich habe Caillaux in einer Rede erklärt, daß sich Frankreich in die Notwendigkeit verriet leben könnte, keine Währung derjenigen der anderen Länder, die die ihrige entwertet haben, anzupassen. Diese Anpassung, die nur eine Anpassung nach unten sein könne, wäre aber nichts anderes als die Entwertung, und damit würde man einen sehr gefährlichen Weg beschreiten.

Finanzminister Caillaux antwortete, daß niemals, solange er Finanzminister sei, eine Entwertung des Franc vorgenommen oder ein Goldausfluß herbeigeführt werden würde. Er habe die Stabilisierung aller Währungen ins Auge, ohne daß

Berufung im Devisenprozeß des Franziskanerpaters Goertler.

DNB Berlin, 4. Juni.

Der kürzlich vom Berliner Reichsgericht wegen fortgesetzten Devisenverbrechens zu zehn Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 350 000 RM Geldstrafe verurteilte Franziskanerpatre Otto Goertler aus Waldbreitbach, Kreis Ruedes, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Der Fall wird noch einmal vor der 4. Großen Strafkammer aufgeteilt werden. Bis zur Berufungsverhandlung dürften noch einige Wochen verstreichen. (Nach unserem Gerichtsberichte handelt es sich nicht um einen Vater, sondern um einen Franziskanerbruder. In anderen Blättern war allerdings Goertler als Vater bezeichnet.)

er dabei die Stellung des Franks im Verhältnis zum Gold aufzuheben würde. (Lebhafte Beifälle.)

Der letzte vergebliche Appell Bouissons.

(1) Paris, 4. Juni.

Vor der Abstimmung, die mit der Niederlage Bouissons endete, hatte der Ministerpräsident erklärt, daß er sich nicht aus persönlichem Ehrgeiz zur Übernahme der Regierung bereitgefunden habe, sondern erst nachdem ihm von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialisten und der Kommunisten eine Unterzeichnung versprochen worden sei. Inzwischen schienen sich jedoch gewisse Radikalsozialisten eines anderen Beschlusses zu haben: auch wurden allerhand Gerüchte verbreitet über die Absichten der Regierung, u. a. über die Frontkämpferpensionen. Die Regierung sei entschlossen, die Frontkämpfer möglichst zu schonen und nur, wenn nötig, und in allerletzter Linie zu den Opfern heranzuziehen. Aber sie werde unerbittlich gegen gewisse Mißbräuche vorgehen, die dahin geführt hätten, daß Leute, die niemals an der Front gewesen seien, eine einhundertprozentige Unterstützung bezögen. Marshall Betain habe auf diese Mißbräuche aufmerksam gemacht. Zum Schluß richtete der Ministerpräsident den dringenden Appell an die verschiedenen Parteien, das ihm gegebene Wort zu halten.

Trotz dieses seines Aufrufes hat die Kammer dann bei der Abstimmung über die Ermächtigungsvorlage der Regierung mit zwei Stimmen Mehrheit die Gefolgschaft verweigert. Das Kabinett Bouisson muß demzufolge zurücktreten.

Ob das Staatsoberhaupt unter den gegenwärtigen Umständen das Rücktrittsgesuch annehmen wird, steht noch nicht fest.

Herriots Bemühungen umsonst.

Stürmische Fraktionsführung der Radikalsozialisten. Der Vorsitzende droht mit Rücktritt.

DNB Paris, 4. Juni.

Kurz vor Beginn der Kammerführung trat die radikalsozialistische Kammerfraktion zusammen. In der Fraktionsführung kam es zu Zwischenfällen. Staatsminister Herriot gelang es nicht, einen größeren Teil der Fraktionsmitglieder, die noch immer gegen die Bewilligung von Vollmachten sind, zu einem entgegenkommenden Standpunkt zu bekehren. Herriot verließ darauf die Fraktionsführung mit der Mitteilung, er werde als Vorsitzender der Radikalsozialistischen Partei zurücktreten. Nur mit Mühe gelang es Fraktionsmitgliedern, begünstigt einzugreifen und Herriot zur Zurücknahme seiner Weisung zu bewegen. Die Fraktion selbst tagte bis zum Beginn der Sitzung der Kammer, kam aber zu keinem Entschluß.

Wie in einem Bienenhaus.

DNB Paris, 4. Juni.

In den Wandelgängen der Kammer ging es nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses, durch das die Regierung in die Minderheit geraten ist, wie in einem Bienenhaus zu. Überall bildeten sich eifrig diskutierende Gruppen. Die Erregung war allgemein. Die Radikalsozialisten und Sozialisten traten sofort zur Beratung zusammen. Die Radikalsozialisten wollten vor jeder endgültigen Beschlußfassung über die Lage sich mit dem Parteivorstandenden Goudard Herriot in Verbindung setzen, der bekanntlich mit der Niederlegung der Regierung in der Kammer, falls seine Gruppe der Regierung die Gefolgschaft verweigern würde. Nun ist es eine feststehende Tatsache, daß die Niederlage auf die gegnerische Haltung eines großen Teils der Radikalsozialisten zurückgeht. Ministerpräsident Bouisson hatte in seiner Schlussanrede gerade an diese Kreise gedacht, als er von der Einleitung des einmal gegebenen Wortes sprach. Ob Herriot angesichts des Wortbruchs seiner Parteifreunde bezw. angesichts der Desavouierung, der er persönlich ausgelegt worden ist, seine Drohung wahr machen wird, bleibt abzuwarten. Ein Teil der Radikalsozialisten hat sich jedenfalls zu der gemeinsamen Sitzung begeben, die verschiedene Linksgruppen abgesandt haben und die mit der Annahme einer Entschließung endete, in der die Bildung einer auf breiter demokratischer Grundlage ruhenden Regierung gefordert wird, der die genau umrissene Aufgabe gestellt werden soll: Verteidigung des Regimes, Schutz des Franken, Kampf gegen die Spekulation und die Wirtschaftskrisis. Diese Entscheidung ist den Sozialisten und anderen Gruppen, die an der Beratung nicht teilgenommen haben, übermittelt worden. Die Sozialisten ihrerseits haben beschlossen, in einer neuen gemeinsamen Wende der Linksgruppen folgenden Antrag einzubringen: Bildung einer provisorischen Regierung, die beauftragt ist, den Kampf gegen die Spekulation zu führen, und die Auflösung der Kammer in die Wege zu leiten, damit alsbald ein Programm finanzieller und wirtschaftlicher Sanierung unterbreitet werden kann.

Anschließend hat der Präsident der Republik mit dem Präsidenten des Senats und dem ersten Stellvertreter, Präsidenten der Kammer über die Lage beraten. Senatspräsident Jeanneney lehnte jede Erklärung an die Presse ab und sagte nur, daß man so schnell wie möglich handeln werde.

Beginn der deutsch-englischen Flottenbesprechungen.

DNB London, 4. Juni.

Die deutsch-englischen Flottenbesprechungen wurden am Dienstag früh im Foreign Office eröffnet. Auf deutscher Seite nahmen teil Vizeadmiral v. Ribbentrop, Admiral Schuster, Korvettenkapitän Ribbert und der deutsche Marineattaché in London, Kapitän Waffner. Die englischen Vertreter sind der stellvertretende Unterstaatssekretär im Foreign Office, Craigie, der stellvertretende Chef des Marinestabes, Vizeadmiral Little und Kapitän Dandewerts.

Zu Beginn der Besprechungen begrüßte der englische Außenminister Sir John Simon die Flottenbesprechenden im Namen der britischen Regierung; unmittelbar darauf wurde in die sachlichen Besprechungen eingetreten. Sie wurden mittags um 12.45 Uhr nach einer dreistündigen Dauer auf den Nachmittag vertagt und um 16 Uhr wieder aufgenommen. Die Besprechungen während des Nachmittags dauerten fast anderthalb Stunden.

Ausweisung eines reichsdeutschen Journalisten aus Oesterreich.

O Wien, 4. Juni.

Beim Obmann des Verbandes der reichsdeutschen Zeitungsreporteranten in Wien, Dr. Hans Hartmeyer, wurde am Montag nachmittag eine Haus-

Keine neue Abwertung des Danziger Gulden.

Mundfunkrede des Senatspräsidenten Greiser.

Durchführungsverordnung über die Bankfeiertage in Danzig.

DNB Danzig, 4. Juni.

Der Danziger Senat hat zur Durchführung seines Beschlusses über die Einführung von Bankfeiertagen mit Wirkung vom Dienstag eine Verordnung erlassen. Darin wird u. a. bestimmt, daß für die Bank von Danzig sowie sämtliche Banken, Sparkassen usw. ab heute die Werttage bis auf weiteres zu Bankfeiertagen erklärt werden. Auch die amtliche Effekten- und Devisenbörse bleibt während der Bankfeiertage geschlossen. Für den 4. und 5. Juni ruht auch der Post- und Telegrafendienst. Der Senat hat ferner die Postüberweisungsverkehr nach dem Auslande bestimmte Wechselkassen offen zu halten, jedoch nur zur Entgegennahme von ausländischen Zahlungsmitteln. Wie lange die Bankfeiertage ausgedehnt werden sollen, wird in der Verordnung nicht angegeben. Es wird jedoch angekündigt, daß für die Aufrechterhaltung von Lohnzahlungen, des Hafen- und Schiffsverkehrs, des Marktverkehrs sowie des sonstigen dringenden Zahlungsverkehrs weitere Bestimmungen für die Zeit ab Donnerstag, den 6. Juni, ergehen werden. Für Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden hohe Geld- und Freiheitsstrafen angedroht.

Senatspräsident Greiser hielt am Dienstag abend im Danziger Rundfunk eine Ansprache an die Danziger Bevölkerung.

Nach einem kurzen Überblick über die Entwicklung, die vor einem Monat zur Abwertung des Danziger Gulden geführt hat, hob der Präsident hervor, daß das Danziger Wirtschaftsleben sich im Laufe der letzten Woche beruhigt und bis zum vergangenen Sonnabend in geregelten Bahnen bewegt habe. Der Präsident schloß die planmäßige Vorbereitung von Gerüchten über die angeblich bevorstehende neue Abwertung des Danziger Gulden, die am Sonnabend zu einem organisierten Aufruf auf die für den Reiseverkehr offen gehaltenen Wechselkassen geführt und telegraphische Überweisungen großer Summen in ausländischer Währung von Danzig nach dem Auslande zur Folge gehabt habe.

Präsident Greiser stellte ausdrücklich fest, daß dieser Aufruf fremder Valuten vorbereitet und am gestrigen Montag bei den einzelnen Banken wiederum fortgesetzt worden sei. Die Folge seien Devisenabzüge in ganz

enormem Umfange bei Danziger Geldinstituten gewesen.

Präsident Greiser fuhr dann fort: „Ich habe nicht die Absicht mir auch nur einen Tag lang das Gesetz des Handels von politischen oder wirtschaftlichen Kräften, ganz gleich welcher Art und welcher Form, aus den Händen nehmen zu lassen, um ähnlich wie in anderen europäischen Ländern über die Frage der Devaluation Regierungen heraufzubeschwören. Die Regierung hat daher mit sofortiger Wirkung Bankfeiertage eingelegt, nicht, um die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Banken und Sparkassen in Danziger Gulden zu revidieren, sondern lediglich, um der Bevölkerung zu zeigen, daß die Regierung nicht gewillt ist, weiterhin Devisen in einem den normalen Bedarf übersteigenden Maße zu verkaufen zu lassen. Der Senat will damit der willkürlichen Spekulation in ausländischen Werten das Handwerk legen. Im übrigen wird durch eine neue Verordnung dafür Sorge getragen werden, daß den täglichen Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Lebens in Bezug auf Lohnzahlungen und Aufrechterhaltung des Hafenverkehrs Rechnung getragen wird.“

Mit stärkstem Nachdruck betonte Präsident Greiser, daß diese Maßnahmen der Danziger Regierung nichts, aber auch rein gar nichts mit den von interessierter Seite ausgehenden Gerüchten über eine neue bevorstehende Abwertung des Danziger Gulden zu tun hätten.

Die vor einem Monat erfolgte Abwertung des Danziger Gulden sei einmalig gewesen und es wäre sinnlos, wenn man nun durch die niedrigere Neubewertung des Danziger Gulden gegenüber der polnischen Währung in umgekehrter Form einen Zustand herbeiführen würde, der ja durch die Guldenabwertung gerade beseitigt werden sollte.

Am Schluß seiner Rede kündigte Präsident Greiser an, daß die Danziger Regierung durch ein Sparmaßnahmenprogramm von bisher noch nie gekannten Ausmaßen den Beweis erbringen werde, daß sie willens sei, von den Opfern, die sie von der Danziger Bevölkerung zur Aufrechterhaltung ihrer Heimat verlange, die Hauptlast auf ihre eigenen Schultern zu nehmen. Die Einlegung der Bankfeiertage sei aus diesem Grunde notwendig gewesen, um das notwendige Programm für eine derart umfassende Aktion aufzustellen. Der Präsident kündigte in diesem Zusammenhang die Einberufung des Danziger Volkstages für Anfang nächster Woche an, um die notwendigen gesetzlichen Maßnahmen zu begründen und außerdem in einer Regierungserklärung zu allen innen- und außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Neue Aktivität des Quai d'Orsay.

Lavals Standpunkt:

Alles oder nichts?

(1) Paris, 4. Juni.

Nach zehn Tagen innerpolitischer Krise, die das Interesse der Öffentlichkeit von der Außenpolitik auf die brennenden Fragen der Währung und der finanziellen Schwierigkeiten abgelenkt hatten, beginnt man im Quai d'Orsay wieder aktiv zu werden. Außenminister Laval hatte am Montag Besprechungen mit den Vizeadmiral von Deutschland und dem sowjetischen Botschafter. Man wartet diese Unterhaltungen als Auftakt von Verhandlungen, Frankreich wieder in die diplomatischen Verhandlungen einzuführen.

Das Regierungsblatt „Petit Parisien“ greift auf die große Führerrede zurück. Es erklärt, Hitlers Anregungen seien in Paris dahin beurteilt worden, daß sie gewisse Ausschlüsse eröffnen. Sie dürften nicht in Baug und Bogen und nicht ungetrübt abgelehnt werden. Diese Tendenz, die „Annäherungsvermutung“ Deutschlands nicht abzulehnen, tue sich bereits kund. In London hätten die deutsch-englischen Flottenbesprechungen begonnen und in Paris habe sich Laval mit dem deutschen und dem sowjetischen Botschafter unterhalten. Man dürfe annehmen, daß diese Besprechungen sich auf die deutsche Auffassung von den Auswirkungen des französisch-sowjetischen Paktes auf den Locarno-Vertrag bezogen hätten. Die Kurieren des Quai d'Orsay legten die letzte Hand an die fran-

zösische Antwort. Weiter habe man sich wahrscheinlich über die Frage des Okzettes unterhalten.

Die Betrachtungen der sehr gut über die Vorgänge im französischen Außenministerium unterrichteten Blätter „Echo de Paris“ und „Deuxième“ befaßten sich eingehend mit dem Plan eines Luft-Locarno, dem sie alle möglichen Bedenken entgegensetzten. Vertinag unterstreicht, daß es sich bei dem Vorschlag eines Luftpakt im Westen, wie er in der Erklärung vom 3. Februar enthalten sei, nur um einen Teil einer Regelung zur Festlegung des europäischen Friedens handele. Die anderen Kapitel betrafen Abkommen über die Landstreitkräfte, den Nordostdeutschespakt, das Donauabkommen und die Rückkehr Deutschlands nach Genf. Während London und Rom bereit seien, den Luftpakt gelondert zu behandeln, sei Laval der Auffassung, daß nichts unterzeichnet werde und in Kraft trete, wenn nicht über alle aufgeworfenen Fragen eine Einigung mit Berlin zustande komme. Dafür habe der sowjetische Botschafter am Montag die Zustimmung erhalten.

Der Sturz der Regierung Bouisson am gestrigen Abend in der Kammer hat selbstverständlich die eben wieder begonnene Aktivität Lavals von neuem lahmgelegt. Seine Fühlungnahme mit den Botschaftern Deutschlands und der Sowjetunion behalten gleichwohl Bedeutung, da Laval voraussichtlich auch in dem neuen Kabinett wieder das Auswärtige übertragen werden dürfte.

suchung vorgenommen. Hartmeyer wurde vorläufig in Haft genommen. Am Dienstag bekam er den Ausweisungsbefehl. Er muß Österreich in zwei Tagen verlassen. Hartmeyer vertritt seit vielen Jahren die „Hamburger Nachrichten“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, den „Frankfurter Kurier“ und die „Schlesische Zeitung“ in Wien.

Tod des deutschen Gesandten in Brüssel.

DNB Berlin, 4. Juni.

Am 4. d. M. starb in Köln nach kurzer schwerer Krankheit im 58. Lebensjahr der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Raban Graf Adelmann von Adelmansfelden.



Aus dem preußischen Verwaltungsdienst hervorgegangen, gehörte er lange Zeit dem Reichsministerium des Innern an, wo er zuletzt in den schweren Zeiten der Rheinlandbesetzung Stellvertreter des Reichskommissars für die besetzten rheinischen

Gebiete war. Am 1. Oktober 1930 wurde er in den auswärtigen Dienst übernommen und 1931 mit der Leitung des Generalkonsulats in Katowice beauftragt. Seit 1934 war er Gesandter in Brüssel.

Das Auswärtige Amt beklagt in dem Dahingegangenen einen besonders begabten Beamten von hervorragender Pflichttreue und bewährtem Charakter. Es wird ihm stets ein ehrenvolles Andenken bewahrt.

Graf Adelmann von Adelmansfelden wird am Sonntag, 8. Juni, vormittags 10 Uhr in der Familiengruft in der Pfarrkirche zu Hohenlohe, Oberamtsbezirk Vales (Württemberg) beigesetzt. Am Tage vorher, Freitag, dem 7. Juni, finden in Köln morgens 8.30 Uhr in der Pfarrkirche St. Agnes die feierlichen Exequien und anschließend daran um 10.30 Uhr im Sterbehause „Deutscher Ring 11“ eine Trauerfeier statt.

Das Beileid der belgischen Regierung.

DNB Brüssel, 4. Juni.

Die Nachricht von dem Tode des deutschen Gesandten in Brüssel hat in der politischen Kreise der belgischen Hauptstadt und in der deutschen Kolonie größte Anteilnahme hervorgerufen. Fortgesetzt sind im Laufe des Vormittags telefonische Anrufe eingetroffen, aus denen man ersehen, daß der Vertreter des Deutschen Reiches trotz seiner verhältnismäßig kurzen Wirkzeit in der belgischen Hauptstadt sich die warmen Sympathien erworben hat. Auf dem Gebäude der deutschen Gesandtschaft wehte heute vormittags die Fahnen des Reiches auf Halbmast. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Bräuer hat sofort dem Donen des diplomatischen Korps, Duntius Ricara, und dem Hofmarschall des Königs die Nachricht vom Ableben des Vertreters des Deutschen Reiches persönlich übermittelt. Ministerpräsident und Außenminister van Zeeland übermittelte dem deutschen Geschäftsträger anschließend das Beileid der belgischen Regierung. In den Räumen der deutschen Gesandtschaft ist eine Liste ausgelegt worden, in die sich bereits zahlreiche Persönlichkeiten eingetragen haben. Der Reiseleiter der NSDAP hat sofort Anordnung getroffen, daß eine für heute abend angelegte Veranstaltung der Partei in eine Trauerfeier der gesamten deutschen Kolonie umgewandelt wird.

Die Organisation der Luftfahrt.

DNB Berlin, 4. Juni.

In Ergänzung der über die Auswirkungen des Wehrgesetzes gemachten Veröffentlichungen wird über die Organisation auf dem Gebiete der Luftfahrt folgendes bekannt gegeben:

Oberste Reichsbehörde für die Luftfahrt ist das Reichsluftfahrtministerium. An seiner Spitze steht der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe General der Flieger Hermann Göring. Seine Befugnisse als Reichsminister der Luftfahrt werden durch seine Zugehörigkeit zur Wehrmacht als Oberbefehlshaber der Luftwaffe nicht berührt.

Wie das Heer das Reich in Wehrkreise teilt, so hat die Luftwaffe sechs Luftkreiskommandos in Königsberg, Berlin, Dresden, Münster, München und Kiel gebildet, die die militärische Befehlsgewalt ausüben und an deren Spitze ein Befehlshaber im Generalrang steht. Die Luftfahrtverwaltung liegt in Händen von 15 Luftämtern in Königsberg, Stettin, Kiel, Berlin, Magdeburg, Hannover, Breslau, Dresden, Weimar, Frankfurt/Main, Münster, Köln, Nürnberg, München und Stuttgart.

Lord Rothermere über den Führer.

„Daily Mail“ veröffentlicht einen Artikel von Lord Rothermere „Adolf Hitler aus der Nähe“.

„Die hervorstechendste Gestalt in der heutigen Welt ist Adolf Hitler. Sein übertragender Geist magnetisiert das ganze Gebiet der Außenpolitik.“

Lord Rothermere bezeichnet Hitler als „praktischen Meister“ und fährt fort:

„Hitler steht in der direkten Reihe jener großen Menschheitsführer, die selten mehr als einmal in zwei oder drei Jahrhunderten aufsteigen. Er ist die Verkörperung des Geistes der deutschen Rasse. Hitlers tiefer Glaube an seine eigene Sendung ist eine Kraft, die sich fühlbar macht, sobald man mit ihm in Berührung kommt. Ihre Intimität macht die oft erörterte Frage, ob er es wirklich meinte oder nicht, unwichtig. Ein Mann, der so vollständig von einem großen Ziele besehelt ist, hat keine Verwendung für Spitzfindigkeiten und Heucheleien. Hitlers Ziel ist es, die volle Souveränität Deutschlands in innerpolitischen Angelegenheiten wiederherzustellen und in der Außenpolitik Deutschland wieder auf den Stand einer Weltmacht erster Klasse zu erheben. Hitler macht es klar, daß es in diesem Ziel kein Halbschlagen gibt. Der erste Eindruck, den man in Hitlers Gegenwart empfindet, ist der seines außerordentlichen Ernstes. Seine Gespräche sind niemals unbestimmt, seine Haltung läßt nie nach. Wie ruhig und unbeweglich sein Verhalten auch sein mag, so fühlt man doch instinktiv, daß unter der Oberfläche jenes glühende Ziel vorhanden ist, das seine ganze Existenz beherrscht.“

Lord Rothermere fährt dann fort, Hitler werde niemals ein stereotyper Staatsmann werden. Bürokratie und Amtsschimmel entsprächen seiner Natur nicht. „Die öffentlichen Erklärungen, mit denen er Geschichte macht, sind nicht das Ergebnis langer Bepredungen und stellen nicht ein Kompromiß zwischen den auseinandergehenden Ansichten verschiedener Geister dar. Ihre Kraft und ihre Klarheit sind auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie Hitlers eigenem Kopf entsprungen, wobei nur ein oder zwei intime Mitarbeiter mit ihrem Rat mitwirkten.“

Der Verfasser spricht dann von der einfachen Lebensweise Hitlers und sagt, daß seine Liebe für Kinder und Hunde ein weiterer Beweis für seine harte Gemütsart sei, die seiner beherrschenden Leidenschaft zugeben liege, daß er eine göttliche Sendung zu erfüllen habe. Hitler habe sein volles Talent an Wort und Entschlossenheit erfahren. Solche Erfahrungen seien unvermeidlich in einer politischen Laufbahn. Über Hitlers empfindsame Natur fügt er hinzu, daß er, so sehr er selbst instinktiv die Liebe gegenüber seinen Freunden liebt, die weniger Männer, die in enger und ständiger Fühlung mit ihm stehen, sind, beinahe alle seine Mitarbeiter von Anfang an. Durch ihre Energie und Begeisterung für ihren Führer, die durch ein Duzend Jahre der Entmutigung und des Triumphes erprobt sind, sind sie der überzeugendste Beweis für Hitlers edlen und loyalen Charakter.

Die Zukunft Englands als der größten Weltmacht ist auf Gedeih und Verderb mit den Handlungen dieses Mannes verbunden, der der ungetrübten Herrscher der stärksten Kontinentalmacht ist. Die gegenwärtige Tendenz unserer öffentlichen Meinung geht dahin, übertriebene Ansichten über Hitler zu bilden auf Grund einer Einzelhandlung oder eines einzelnen Gesichtspunktes seines ungeheuren Feldzuges für die Wiederherstellung von Deutschland. Aus solchen Urteilen, die sich auf ungenügende oder irreführende Beweise stützen, können sich leicht katastrophale internationale Mißverständnisse ergeben. Es ist erfreulich, zu sehen, daß Hitlers Rede seine Vollständigkeit in England klar erhöht hat. Ich bin auf tiefe Überzeugung, daß, je besser er der Waffe des englischen Volkes bekannt wird, um so höher seine Würdigung sein wird und um so enger die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sein werden.“

Rekordfahrt der „Normandie“.

DNB Paris, 4. Juni.

Der neue französische Personendampfer „Normandie“ hat auf seiner Jungfernfahrt nach New York eine Rekordfahrt gemacht. Für die Überfahrt von Südengland bis zur Hudsonmündung wurden vier Tage, zwei Stunden, 14 Minuten benötigt, während der von der „Bremer“ gehaltenen Rekord vier Tage, 14 Stunden, 27 Minuten betrug. Die „Normandie“ hat eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 55,522 Stundenkilometern erreicht.

Amerikanische Polizei auf der Jagd nach den Knabenentführern.

DNB New York, 4. Juni.

Die Polizeibehörden sind fieberhaft auf der Suche nach den Entführern des Sohnes des Millionärs Roper. Das Bundesjustizamt in Tacoma veranlaßt etwa 200 Beamte, die zu dieser Aktion eingesetzt werden. Die Polizei vermutet, daß sich die Entführer in der gebirgigen Umgebung von Seattle verborgen halten. Man nimmt an, daß die Täter keiner bekannten Verbrecherbande angehören, sondern den Knabenraub von Tacoma unter sorgfältiger Nachahmung anderer bekannter Entführungen begingen. Die Polizei von Tacoma erhielt bereits viele hunderte von Mitteilungen über den Empfang von Geldscheinen, die angeblich die Kammern der Lösegeldnoten tragen sollen, bisher ist aber noch in keinem Falle die Richtigkeit dieser Mitteilungen festgestellt worden.

56 000 Tote in Beludschistan.

DNB London, 4. Juni.

Wie aus Quetta berichtet wird, beträgt die Zahl der bei dem Erdbeben in Quetta und Umgebung ums Leben gekommenen Personen nach amtlichen Schätzungen 56 000.

Samstag

6.00: Choral - Morgenbruch.
 6.15: Hans Jacob Weinarg: Selbstmordungen.
 6.30: Friedhöferei (I Teil).
 7.00: Rüdigeren. Unfoll. Friedhöferei (2. Teil).
 8.00: Gide Brennus: Trauenernennen.
 8.15: Zeit und Wende: Selbstmordungen.
 8.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 8.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 8.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 8.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 9.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 9.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 9.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 9.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 9.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 9.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 10.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 10.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 10.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 10.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 10.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 10.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 11.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 11.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 11.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 11.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 11.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 11.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 12.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 12.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 12.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 12.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 12.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 12.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 13.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 13.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 13.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 13.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 13.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 13.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 14.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 14.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 14.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 14.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 14.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 14.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 15.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 15.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 15.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 15.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 15.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 15.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 16.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 16.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 16.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 16.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 16.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 16.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 17.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 17.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 17.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 17.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 17.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 17.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 18.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 18.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 18.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 18.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 18.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 18.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 19.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 19.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 19.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 19.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 19.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 19.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 20.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 20.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 20.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 20.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 20.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 20.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 21.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 21.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 21.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 21.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 21.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 21.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 22.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 22.10: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 22.20: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 22.30: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 22.40: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 22.50: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.
 23.00: Trauenernennen. Dr. Keme Rader.

